

AUS VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND

SONDERBLATT 01/17 CDU Berlin

„Es ist nach wie vor mein Ziel, eine stabile Regierung zu bilden.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel



Foto: Tobias Koch

Kurz vor einer Einigung brach der FDP-Vorsitzende Christian Lindner die Sondierungsgespräche zu einer möglichen Jamaika-Koalition überraschend ab. Zu diesem Zeitpunkt hatte es in vielen Punkten Übereinstimmung und gute Lösungen gegeben, alle vier Parteien konnten sich darin wiederfinden. CSU und Grüne lobten dafür ausdrücklich die Verhandlungsführung Angela Merkels. Die mögliche Koalitionsvereinbarung hätte viel Neues für die Menschen in Deutschland gebracht. Es wäre möglich gewesen, politische und sogar ideologische Gegensätze der vergangenen Jahre jetzt zu versöhnen. Umso unverständlicher ist die unerwartete Regierungsverweigerung der FDP.

„Es gilt nun, eine zuverlässige Regierungsarbeit mit Kanzlerin Angela Merkel zu garantieren“, sagt die CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters. In dieser Situation können Neuwahlen schon aus Respekt vor den Wählerinnen und Wählern nur das letzte Mittel sein.

Zunächst sind alle demokratischen Parteien, auch die SPD, gefordert, die Worte des Bundespräsidenten zu achten, wonach niemand sich vor Regierungsverantwortung drücken darf, der sich bei Wahlen um diese Verantwortung bewirbt. Parteien sollen dem Gemeinwohl dienen. Hier gilt nun Staatsraison vor Parteiraison.



„Wer sich in Wahlen um Regierungsverantwortung bewirbt, darf sich nicht drücken, wenn er sie in den Händen hält.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

„Ich habe mir einen verantwortungsvolleren Umgang mit dem Wahlergebnis und mit Deutschlands Stellung als Stabilitätsanker in Europa gewünscht.“

Monika Grütters, Landesvorsitzende CDU Berlin



DEM DEUTSCHEN VOLKE



„Ich will mich aber auch ganz ausdrücklich bedanken bei der Bundeskanzlerin [...], dass sie in Verantwortung für dieses Land immer wieder weitergesprochen hat, immer wieder nach neuen Möglichkeiten, nach neuen Kompromissen, nach neuen Wegen gesucht hat.“

Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag



„Die Ergebnisse waren zum Greifen nahe.“

Horst Seehofer, CSU-Vorsitzender



„Nichtstun ist Machtmissbrauch. Es geht um unser Land.“

Christian Lindner, leider nur ein FDP-Wahlplakat